

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1925

7.12.1925 (No. 284)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14.
Verleger:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. Knecht,
Karlsruhe.

Verlagspreis: Wochentlich 3.—, halbjährlich 15.—, jährlich 30.—, einschließlich Postgebühren. — Einzelnummern 10 Pfennig. — Sonntags 15 Pfennig. — Anzeigengebühren 14 Pfennig für 1 mm Höhe und ein Stellenbild. — Zusätze und Beilagen: Bei Einnahme von Anzeigen, die als Anzeigen gelten und werben sollen, kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Anzeigen sind nicht an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Karlsruher Staatsanzeiger, Karlsruhe, Nr. 14, zu senden und werden in Verrechnung mit dem Postamt des Innern berechnet. Bei Abrechnung, zungunsten des Verlegers, hat der Anzeigener keine Ansprüche, falls die Zeitung verstopft, in beträchtlichem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abstellungen von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Zusätze und Beilagen werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abstellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralanzeiger für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Amtlicher Teil

Die Lage des Arbeitsmarkts

Der Arbeitsmarkt in Baden hat in der Berichtswochen (26. November bis 2. Dezember) eine weitere, ganz erhebliche Verschlechterung erfahren. Die Beschäftigungsmöglichkeiten sind fast in allen Berufsgruppen stark zurückgegangen, insbesondere sind die Metall- und Maschinenindustrie, das Holz-, Schnitzstoff- und Baugewerbe an der Verschlechterung beteiligt. Die ungünstige Entwicklung betrifft den männlichen Arbeitsmarkt bedeutend stärker als den weiblichen. Kammen bei den weiblichen Abteilungen der badischen Arbeitsnachweise am 25. November auf 100 offene Stellen 1161 Arbeitsuchende und stieg diese Ziffer bis zum 2. Dezember auf rund 1285, so stieg die Verhältniszahl für den männlichen Arbeitsmarkt von rund 4354 am 25. November auf nicht weniger als rund 6122 am 2. Dezember. Insgesamt kamen somit an diesem Tage auf 100 offene Plätze rund 3237 Arbeitsuchende. Entsprechend stark war der Zugang der Hauptunterstützungsempfänger. Ihre Zahl wuchs von 18485 am 26. November auf 21991 am 2. Dezember an.

In den verschiedenen Zweigen der Metall- und Maschinenindustrie nahmen die Betriebsbeschränkungen (Kurzarbeit, Werksbeurlaubungen und Entlassungen) ihren Fortgang. Demgegenüber bedeutet die Wiedereinstellung von zusammen 180 Arbeitskräften in einer Nähmaschinenfabrik nur eine unbedeutende Besserung. In der stark verfürzt arbeitenden Uhrenindustrie mußte in vielen Betrieben zu Entlassungen geschritten werden. Auch in der Schuhwarenindustrie hat sich, im ganzen betrachtet, die Lage verschlechtert. Die Kurzarbeit hat auch dort zugenommen.

In der chemischen Industrie kam es ebenfalls zu Betriebsbeschränkungen. Weiter verschlechtert hat sich sodann der Arbeitsmarkt der papiererzeugenden und auch der Lederindustrie. Doch ist die Lage in der Weinheimer Lederindustrie zufriedenstellend.

Die Baumwollindustrie ist noch gut beschäftigt. Im Spinnstoffgewerbe des Bodenseegebiets ist der Bedarf an Arbeitskräften gedeckt. Im Offenburger Bezirk wurden gelernte Weberinnen gesucht, in Mannheim bestand lebhafteste Nachfrage nach Sacktopferinnen und Näherinnen, die befriedigt werden konnte. In der Seidenindustrie des Lörracher Bezirks dagegen ist die Lage ungünstig.

Im Holz- und Schnitzstoffgewerbe hat sich der Arbeitsmarkt weiterhin verschlechtert. Betriebsbeschränkungen wurden aus der Möbel- und Würfelfabrikation mitgeteilt.

In der Tabakindustrie schwankt die in der Hauptsache ungünstige Lage.

In der Nahrungsmittelindustrie bot sich in gewissem Umfang Beschäftigungsmöglichkeit für Bäcker und Kon-

ditoren, wesentlich für Ausbillsarbeit. Eine Nahrungsmittelfabrik mußte zu Entlassungen von 50 Arbeiterinnen schreiten.

Im Baugewerbe hat sich das Frostwetter sehr stark fühlbar gemacht.

Auch im Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe hält die rückläufige Bewegung unvermindert an.

Der Rücktritt des Reichskabinetts

Hindenburg für die Große Koalition

Das Reichskabinetts hat Samstag mittag den bereits im Reichstags angeforderten Gesamtrücktritt einstimmig beschlossen und der Reichskanzler Dr. Luther hat um 6 Uhr abends den Reichspräsidenten Hindenburg offiziell von dem Beschluß in Kenntnis gesetzt. Der Reichspräsident nahm den Rücktrittsbeschluß entgegen und ersuchte den Reichskanzler zusammen mit den Reichsministern bis zur Neubildung der Regierung die Geschäfte weiterzuführen. Das zurückgetretene Kabinetts Luther ist am 15. Januar 1926 vom Reichspräsidenten Ebert gebildet worden; es ist also fast ein Monat am Ruder gewesen. Es tritt als Minderkabinetts ab, denn vier seiner Mitglieder, drei Reichsminister und der dem Zentrum nahe stehende Justizminister, sind wegen der Politik von Locarno ausgetreten.

Reichspräsident von Hindenburg empfing am Sonntag nachmittag den Reichstagspräsidenten Ebert, der über die parlamentarische Lage sowie über die Frage der Regierungsbildung Bericht erstattete. Der Besuch währte eine knappe Stunde. Wie mehrere Blätter wissen wollen, hat der Reichspräsident den Standpunkt vertreten, daß eine Regierung auf breiter Grundlage zu bilden sei, die von den Sozialdemokraten bis zur Deutschen Volkspartei reiche. Die Notwendigkeit einer Regierung auf breiter Grundlage ergebe sich aus den Schwierigkeiten der gegenwärtigen Wirtschaftslage und der ständig wachsenden Arbeitslosigkeit. Am heutigen Montag wurden die Parteiführer mit Ausnahme der Reichstags- und Kommunisten zum Reichspräsidenten geladen. Die Reihenfolge beim Empfang richtet sich nach der Stärke der Reichstagsfraktionen. Daher wurde zuerst der Vorsitzende der sozialdemokratischen Fraktion, Hermann Müller, um 11 Uhr vom Reichspräsidenten empfangen. — Dem „Montag“ zufolge ist man in parlamentarischen Kreisen der Meinung, daß nach den informativsten Besprechungen zunächst interfraktionelle Besprechungen zwischen den parlamentarischen Gruppen erfolgen werden.

Preßfestimmen

In einem Artikel „vor der Regierungsbildung im Reich“ bezeichnet die „Germantia“ zwei Dinge als unerlässlich, die die Entwicklung der Sozialdemokratie bei der kommenden Regierungsbildung und das Verbleiben des Außenministers Dr. Stresemann. Die Deutsche Volkspartei, so heißt es dann weiter, wird sich der Notwendigkeit nicht entziehen können, dieser — wir möchten fast sagen — Selbstverständlichkeit Rechnung zu tragen. — Der „Vorwärts“ schiebt einen Rückblick auf die Beteiligung der Sozialdemokraten an der Bildung der neuen Regierung mit den Worten, daß die Massen eine Regierungspolitik forderten, die sie aus der Wirtschaftskrise herausführen und ihre Leiden lindere. Die Sozialdemokraten seien die Vertreter ihrer Forderungen, darum sprechen wir, so heißt es weiter, mit denen die mit uns über die Verteilung von Parteiführern reden wollen, über die Erfüllung von Forderungen.

Die „Kreuzzeitung“ betonte am Schluß ihres Leitartikels, daß die deutschnationalen Kreise mit gesteigertem Staatspolitischen Interesse die Vorgänge verfolgen müßten, die sich während der Regierungskrise abspielten. Sie würden ihren ganzen Einfluß darauf konzentrieren müssen, daß dabei nicht „ein roter Wechselbalg“ zur Welt komme, durch den das Schicksal des deutschen Reiches besiegelt werden müßte.

Politische Neuigkeiten

Ein Gesetz zur Förderung des Preisabbaus

In der Kabinettsitzung am Samstag vormittag erließ die Reichsregierung eine Reihe wirtschafts- und sozialpolitischer Angelegenheiten, vor das Reichsministerium den Demissionsbeschluß faßte. Es wurde ein Gesetzentwurf zur Förderung des Preisabbaus verabschiedet, der nunmehr sofort dem Reichsrat vorgelegt werden soll. Der Gesetzentwurf enthält:

1. Bestimmungen über einen Vergleich zur Abwendung des Konkurses unter Aufhebung der Verordnung über die Geschäftsaufsicht;
2. Vorschriften gegen die Ausbeutung bei Vergebung von Aufträgen im Wege der Ausschreibung;
3. Beseitigung der Ausnahmestellung der Zwangsorganisationsformen, die bisher noch der Kartellverordnung, den Einwirkungsmöglichkeiten der Reichsregierung und des Kartellgerichtes nicht unterliegen;
4. Bestimmungen hinsichtlich der Einwirkungsmöglichkeiten des Staates, die Innungen und Innungsverbände den Kartellen in gewissem Umfang gleichstellen;
5. Vorschriften über das Festhalten von Brot zu festen Gewichten.

Diese gesetzlichen Maßnahmen haben sich bei der Durchführung der Preisabbaufaktion als notwendig erwiesen. Die zur Verfügung stehenden verfassungsmäßigen Mittel hat die Reichsregierung zur Herbeiführung des für erforderlich erklärten Preisabbaus selbstverständlich sämtlich angewendet; diese Mittel reichten aber zur Erzielung des angestrebten Erfolges nicht aus. Der vorgeschlagene Gesetzentwurf soll die Preisgestaltung in der Wirtschaft weiterhin im Sinne einer für die Gesamtheit gesunden Entwicklung beeinflussen. Dabei wird die Reichsregierung in wesentlichen Beziehungen nach wie vor auf die verständnisvolle Mitwirkung der Arbeitsstände angewiesen bleiben.

Die seit langem in der Preisabbaufaktion eingeleiteten und noch im Gange befindlichen Maßnahmen werden ohne Unterbrechung weiter geführt werden. So beschloß das Kabinetts, dem Reichsrat die Herabsetzung des Zuschlages für die von den Apotheken vertriebenen Spezialitäten zu empfehlen.

Außerdem verabschiedete das Kabinetts eine Denkschrift über die Sozialversicherung in den Jahren 1924 und 1925 und eine Darlegung über die Einnahmen und Ausgaben der deutschen Erwerbslosenfürsorge seit dem 1. Juli 1924. Diese Materialien werden sofort dem Reichsrat und dem Reichstag zur Kenntnisnahme vorgelegt werden.

Wie weiter mitgeteilt wird, haben die Bestrebungen der Reichsregierung auf Herabsetzung der Zinssätze für die öffentlichen Gelder zu dem weiteren Ergebnis geführt, daß sich die Vereinbarungen zur Zinsherabsetzung der öffentlichen Gelder nicht nur die überwiegende Zahl der Länder vorbehaltlos angeschlossen hat, sondern daß auch die kommunalen Sparkassenverbände, der Deutsche Städtebund und der Landvolktag sowie das Geldinstitut des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, die Deutsche Girozentrale, vorbehaltlos beigetreten sind.

Die Durchführungsverordnung zum Aufwertungsgezet veröffentlicht. Im „Reichsgesetzblatt“ vom Samstag ist die Durchführungsverordnung zum Aufwertungsgezet vom 18. Juli 1925 erschienen. Damit ist das Aufwertungsgezet, soweit es in den Händen der Reichsregierung liegt, zum Abschluß gekommen. Es stehen nur noch landesgesetzliche Bestimmungen über die Durchführung der Aufwertung verschiedener Gruppen öffentlicher Anleihen (Städt., Provinzial- und Landesanleihen) sowie Bestimmungen über die Aufwertung von Guthaben bei Sparkassen usw. aus.

Der heftige Minister des Innern von Brentano wird am nächsten Mittwoch seinen 70. Geburtstag feiern.

Badisches Landestheater

Zum erstenmal:

Zuarez und Maximilian

Dramatische Historie in drei Akten, zwölf Bildern und einem Epilog von Franz Werfel

In Szene gesetzt von Felix Baumbach

Franz Werfel schreibt in einer Anmerkung zur Buchausgabe seiner Dichtung „Zuarez und Maximilian“ (1924), daß darin die historische Wahrheit streng gewahrt wurde. Die Geschichte des unglücklichen, hochbegabten und dennoch phantastisch überschwänglichen ehrgeizigen Erzherzogs Maximilian von Österreich, der 1863 mit seiner Gemahlin Charlotte von Belgien auf Betreiben Napoleons III. als Kaiser nach Mexiko ging, um nach fünf Jahren durch die Treulosigkeit der Franzosen, das Mäntel des Mexiko, die Gegenwirkungen der Vereinigten Staaten und vor allem durch die eigene Unfähigkeit trotz seiner idealen Bestrebungen zu scheitern und am 19. Juni 1867 auf Befehl seines überlegenen Gegners, Zuarez, erschossen zu werden. Die Mannheimer Kunstbühne besitzt die berühmte Darstellung seiner Ermordung v. Edouard Manet. So weiterhin gerade dies Gemälde in seiner realistischen Wahrheitshaftigkeit dem Begründer des Impressionismus gelungen ist, spricht uns daraus doch weniger die Idee als die genial gehandhabte Form an. Franz Werfel dagegen, der mit bewusster Sorgfalt reichstes Quellmaterial ausgeschöpft und den Ablauf historischer Tatsachen, wenn auch entsprechend den dramaturgischen Erfordernissen in gedrängter Konzentration darstellt, gestaltet vielmehr die Idee, die ihm aus dem Ge-

schichte Maximilians in seinem Ringen um das Kaiserreich gegen den republikanischen Bürgerpräsidenten Zuarez entgegentritt.

Bei einer Analyse von Werfels Dichtkunst ergibt sich die Zugehörigkeit des in Prag geborenen (1890) und dort lebenden Dichters zur österreichischen Dichtung. Schon als Lyriker, als der Werfel sich schnell eine Führerstellung in moderner Dichtung errungen hat, hat er, der mit Albert Ehrenstein recht eigentlich die Gegenrichtung eingeschlagen hat, die durch österreichische Dichter wie Oskar Kokoschka, einen der frühesten Expressionisten, erhobene sittliche Forderung betont. Seine auf tiefster Seelenkenntnis beruhende Mitteilungsrichtung, als die sich uns sein jüngstes Werk „Zuarez und Maximilian“ kundgibt, spiegelt in der resignierenden Leidenschaftsüberwindung Maximilians echt österreichische Dichtungszüge, wie sie uns schon aus Raimund und weiter aus Grillparzer, Stifter und anderen bis zu Schnitzler und Hofmannsthal bekannt sind. Stets wird Grillparzer der Kaiser Österreichischer Dramatiker bleiben, aber im Vergleich zu unserer Weimarer Klassik mutet er doch weit bürgerlicher an, und dieses Bürgerliche verleiht auch Werfels historischem Drama seine Prägung. Obwohl doch Werfel bewußt den Gegenatz des auf Legitimität fuß beruhenden aristokratischen Monarchen mit dem auf Revolution gründenden bürgerlich-demokratischen Republikaner herausarbeitet, gehört sein tiefstes Interesse doch nicht dem Aristokraten, sondern dem Menschen Maximilian. Deshalb kann er auch, darin ebenfalls Grillparzer folgend, trotz aller historischen Quellenreue und idealen Problematik weit realistischer sein wie etwa Schiller. Zugleich aber entpringt dieser Realismus österreichischer Sinnenreue, die mit ihrer Vorliebe für reiche Bewegung

schon Grillparzers Bühnenkunst erzeugt. Diese österreichische Erbgut darf nicht vergessen werden, wenn auch die allgemeine Reizung der letzten beiden Jahrzehnte zu sinnlich-bunter Theaterwirkung hier verstärkend mitgeholfen haben mag, bei der Beurteilung der lose aneinander gereihten Bilder Werfels.

In der erwähnten Anmerkung sucht Werfel diese lose Struktur zu rechtfertigen mit dem Hinweis auf die epische Natur der Geschichte, die dem unerbittlichen Gezet der Tragödie oft zuwiderlaufe. Er will deshalb auch nicht eine eigentliche Tragödie geschaffen haben, sondern eine dramatische Historie als „bewußte Form, die den Konflikt zwischen Drama und Epos versöhnen will.“ Durch die Striche, die der Regisseur wesentlich wohl aus Zeitbedenken heraus und im allgemeinen geschickt — unnötig war jedenfalls die Streichung von Maximilians Replik im 10. Bild: „Jedenfalls bin ich kein Schauspieler, der eine schlechte Presse fürchtet“ — dem Werke angebeihen ließ, wurden die einzelnen Bilder noch selbständiger, abrupter, ihr Zusammenhang noch loser; aber schließlich ist diese offene Fiktion doch auch ein Kennzeichen des österreichischen Barock und barock ist auch der lässige Spannungsbogen, mit dem Werfel die beiden Gegenpole Zuarez und Maximilian zusammenfaßt. Das ist ja der eigentliche Reiz der Dichtung wie Keales mit Ircallem, Wirkliches mit Unwirklichem, Menschliches wie Maximilian mit all seinen Schwächen und seiner Größe, seinen Träumen und Idealen, seinen irdischen Beschränkungen und hochfliegenden Wünschen mit Abstraktem wie Zuarez — das erste Bild beginnt mit den Worten: „Der hochberedte Senor Venito Zuarez scheint ein Abstraktum zu sein“ — in Konflikt gerät, ringt.

Mit der Beilage: 5. Amtlicher Bericht über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Auf dem demokratischen Reichsparteitag in Breslau

fürte am Samstag der Parteivorstand, Reichsminister a. D. Koch, u. a. aus: Wir haben den gegenwärtigen Reichspräsidenten nicht gewählt, weil wir glaubten, er würde als der Kandidat der Rechtsparteien in eine ungewöhnliche Lage kommen und die Fesseln nicht zerbrechen können, die ihn mit der Politik der Rechten verknüpfen; aber wir sehen nicht an zu erklären, daß der Reichspräsident bisher die hohe Würde seines Amtes so inngehalten hat, daß jeder Deutsche sich dessen freuen kann.

In seinem Referat über die neuen Ziele der Wirtschaftspolitik im Ministerium a. D. Dietrich-Waden u. a. zu folgenden Schlussfolgerungen für die Wirtschaft: Die erste Aufgabe sei, festzustellen, wo inwieweit wir hinter der fortgeschrittensten Technik der Welt zurückstehen, und ob wir diesen Rückstand aufzuheben vermöchten. Der Landwirtschaft müsse mit Krediten dazu geholfen werden, daß sie wieder Strohstoff in größeren Mengen abnehmen und den Produktionsausfall vermeiden könne. Dadurch werde die Einfuhr verringert. Die Voraussetzung zur Lösung aller Wirtschaftsaufgaben sei eine verständige Wirtschaft- und Zollpolitik, wie sie die Demokraten im Reichstage vertreten hätten.

Darauf gab Freuden-Bien einen umfassenden Überblick über die einzelnen Parteien in Österreich und feierte zum Schluß unter großem Beifall den Anschluß Österreichs an Deutschland. Der Vorsitzende Koch erwiderte darauf: In Sachen des Anschlusses warten wir den Tag ab. Wir sehen ihn und freuen uns darauf, wenn ein einheitliches Deutschland entsteht.

Auf der Schlußsitzung des demokratischen Reichsparteitages in Breslau erklärte der bekannte Sozialist Dr. Quibbe, daß er den pazifistischen Vereinigungen in den Entente-Ländern geschrieben habe, es werde keine deutsche Regierung geben, die dem deutschen Volk die Hoffnung auf eine Wiedergewinnung der abgetrennten Gebiete im Osten, Rumelien und Danzig nehmen wird. Eine in diesem Sinne von Quibbe vorgelegte Entschärfung wurde unter lebhaftem Beifall angenommen. Die Wahlen zum Vorstand ergaben eine Wiederwahl des Reichsministers a. D. Koch zum Parteivorsitzenden. An den Parteitag schloß sich eine Kundgebung der Demokraten für den deutschen Osten.

Eine Rede Dr. Wirths

In Essen hielt im Rahmen einer Reichsbannerkundgebung der ehemalige Reichskanzler Dr. Wirth eine Rede, die programmatischen Inhalt hatte. Er erklärte, er sei eine politische Kampfnatur und es sei ihm beschiden gewesen, ein Vorkämpfer für die Verankerung des republikanischen Gedankens zu sein. Diese Tätigkeit stand mir vor jeder Parteitätigkeit. Zu den Reichsbannerleuten gewendet, führte Dr. Wirth aus: Ihr habt nicht nur die Republik gerettet; Ihr habt die größte vaterländische Tat vollbracht, die Einigung in dem demokratischen Gedanken. Zum Glück ist die Stimmung in Deutschland heute so: Wer die Hand gegen die Republik erhebt, dem wird sie abgeschlagen. Wir kommt es darauf an, festzustellen, daß tatsächlich in katholischen Volksteilen die Republik tiefe Wurzeln geschlagen hat. Im Rheinland und in Westfalen wird sich der Kampf um die Einstellung des Zentrums entscheiden. Wenn das Rheinland und Westfalen sowie größere Teile Süddeutschlands der Republik verloren gehen, so ist die ganze deutsche Republik verloren. Besonders eingehend behandelte Dr. Wirth die künftige Völkerbundspolitik des deutschen Reiches. Sehr wichtig sei es, daß das deutsche Volk den Völkerbundspakt studiere. In Deutschland werde zuerst rationiert und dann erst studiert. Der Völkerbund beruht auf christlichen Ideen. In Deutschland wird leider zu oft aus dem Christentum eine nationalitische Angelegenheit gemacht. Der Zutritt zum Völkerbund ermöglicht uns eine Nachprüfung der unhaltbar gewordenen Verträge und der internationalen Verhältnisse, die den Frieden gefährden können. Wir müssen Brüden zu allen Staaten schlagen. Wir wissen, daß ein zerklüftetes Europa nicht bestehen kann. Sich den sozialen Problemen zwendend, erklärte Dr. Wirth, wir müßten einen demokratischen Kapitalismus haben, der es ermöglicht, die Staatskontrolle über den Kapitalismus auszuüben. Ohne diese Kontrolle zeitige der Kapitalismus verheerende Wirkungen. Der Mensch muß im Mittelpunkt der Wirtschaft stehen. Wir müssen verlangen, daß jeder, der Eigentum besitzt, sich der Verantwortung gegenüber der Allgemeinheit bewußt ist. Lebenslang muß unser staatsbürgerliches Bestreben herrschen. Das deutsche Volk darf sich nicht länger wegen Fragen des Glaubens oder Unglaubens und wegen gewisser Kapitalien bekämpfen.

Auf dem Parteitag der Bayerischen Volkspartei in München sprach Ministerpräsident Held die Hoffnung aus, daß sich die Bayerische Volkspartei und das Zentrum auf dem Boden der alten Zentrumspartei wiederfinden.

Quartierverleigerung im besetzten Gebiet? Nach einer Meldung der „Wolff. Zig.“ soll ein Befehl des französischen Höchstkommandierenden der Rheinarmee ergangen sein, wonach neue Quartiere nurmehr mit ausdrücklicher Genehmigung des Höchstkommandierenden angefordert werden können. Wie es in dem Befehl weiter heißt, soll diese Genehmigung nur in besonders begründeten Fällen erteilt werden.

Wie ein schwarzer Schatten, ohne jemals Körperlichkeit zu gewinnen, lagert das Abstraktum Quarez über der sonnigen liebenswerten Menschlichkeit Maximilians. In fast bebildeter Deutlichkeit enthüllt uns der Dichter das Wesen dieser Gegensätze. Maximilian ganz Mensch, gebunden durch Abkunft und Erziehung, gebunden durch Vorstellungen, Anschauungen, Affekte und Träume, stets sein eigener Spiegelmensch, wie Quarez von seinem Vilde sagt: „Der Mann spiegelt sich“, nie frei von Wünschen und Hoffnungen, von Empfindungen und Gefühlen, deshalb nie er selbst in seinen Entschlüssen und gerade durch diese innerliche Anfreiheit bei allem Streben immer irrend, wie sein Freund und Arzt Basch es als echt österreichische Schuld bezeichnet: „Verzweifelter Optimismus ins Ungeordnete und Flucht vor unangenehmen Erkenntnissen“. Quarez dagegen scheint alles Menschliche abgelegt zu haben, er ist nicht vom Stamme der sanften Astele, sondern von dem der Japotele, die das härteste Blut haben, er ist der stets klare, der nie Träumende, die traumlose Vernunft, der logische Schraubstock: „Venio Quarez fügt sich nicht in unendliche Situationen. Er ist gewohnt, dem Schicksal auf den Grund zu gehen.“ Während für Maximilian Recht und Unrecht nur politische Nuancen sind und sein Grundgesetz heißt: „Man muß das Gute oftgerieren“, beschreibe Porfirio Diaz das Wesen seines Präsidenten: „Don Venio Quarez hat keine Leidenschaften. Nichts also kann ihn bestechen. Er tut nicht das Gute, sondern das Richtige, und einzig dies ist in den Folgen gut.“ Während Maximilian, der Aristokrat und radikale Monarch, für das Volk Gesetze und Dekrete erläßt, ist Quarez das Volk und das Gesetz selbst. Es ist eine historisch beglaubigte Anmerkung, die Quarez der um das Leben Maximilians bittenden Fürstin Salm getan hat: „Wenn alle Könige und Königinnen Europas an Ihrer Stelle wären, so könnte ich doch kein Leben nicht schonen; ich bin es nicht, der es nimmt, es ist das Volk und das Gesetz.“ Es scheint fast, als ob dieses Wort in dem Dichter das Wesen Quarez' gestaltet hätte.

Es dient wohl auch wesentlich der Verdeutlichung dieses Wesens, daß Werfel, nachdem im zwölften Bild mit dem

Deutscher Städtetag

In der am Samstag in Berlin abgehaltenen Vorstandssitzung des Deutschen Städtetages wurde eingehend die bedrohliche Lage erörtert, wie sie in den vielfachen Betriebsbeschränkungen und Stilllegungen und in der bedauerlich ansteigenden Puffer der Erwerbslosen zutage getreten ist. Der Vorstand beschloß, an das Reich und die Länder mit der Forderung heranzutreten, daß die Reichsregierung und die Länderregierungen Maßnahmen zur Beschaffung von Notstandsarbeiten anordnen und vor allem auch Mittel bereitstellen, um den Gemeinden die Veranstaltung von Notstandsarbeiten zu ermöglichen. Eine Deputation des Städtetages soll diese Forderung persönlich beim Reichskanzler und in den zuständigen Ministerien zum Vortrag bringen. Zugleich hält es der Vorstand des Städtetages für notwendig, daß die zur Zeit geltenden Sätze für die Erwerbslosenunterstützung angemessen erhöht werden.

Tagung der Reichsorganisation der Binnenschifffahrt

In der Plenarversammlung des Reichsausschusses der deutschen Binnenschifffahrt in Berlin, die aus allen deutschen Stromgebieten zahlreich besetzt war, wurde seitens des Präsidenten, Generaldirektors Dr. Ott, ein Bild von der überaus angespannten Lage der Binnenschifffahrt gegeben. Man beschloß sich ferner mit der Tarifpolitik der Reichsregierung und forderte größeres Entgegenkommen bei der Einführung von Wasserumschlagstarifen. Die weiteren Verhandlungen erstreckten sich auf die Abschaffung der Schiffsabgaben. Als Ergebnis der Tagung wird von dem Zentralverein für deutsche Rheinschifffahrt eine Rechtskommission für die internationalen Binnenschifffahrtsfragen eingerichtet.

Elfaß-Lothringen in der französischen Kammer

In der französischen Kammer machte am Samstag bei der Diskussion über die elfaß-lothringische Kredit der republikanisch-demokratischen Vereinigung angehende Abg. Pfleger Einwendungen gegen die erfolgte Reorganisation des Verwaltungsregimes und erklärte, die elfaßischen und lothringischen Beamten verlangten, daß man ihnen den wichtigsten Posten zuerleihe. Der zur gleichen Fraktion gehörende Abg. Abbé Müller erklärte, man habe es auf das Gebiet der Verwaltungsgeometrie gezeit, während man es auf das Gebiet der menschlichen Geographie hätte stellen müssen. Nicht Assimilierung, sondern vertrauensvolle Mitarbeit müsse man anstreben. Schließlich forderte der Abg. finanzielle Autonomie für Elfaß-Lothringen. Der einzige elfaßische Abg., der die jetzige Verwaltung verteidigt, ist der sozialistische Abg. Weill. Er wirft dem Abg. Müller vor, er und seine Freunde würden den politischen Regionalismus schaffen, der zum Föderalismus führen müsse.

Die Lage in China

wird gegenwärtig in der Hauptsache durch die Auseinandersetzung zwischen dem christlichen General Fung-Yu-Hsiang und dem von Japan unterstützten Diktator in der Mandchurie Tchang-Tso-Lin gekennzeichnet. Während verschiedene Meldungen in diesen Tagen besagen, daß der durch eine Revolte hebrängte Tchang-Tso-Lin, doch wieder wenigstens in der Mandchurie obenau sei, soll nach den neuesten japanischen Nachrichten Tchang-Tso-Lin nach weiteren Erfolgen der ausländischen Armeen beschließen haben, Wunden zu übergeben. General Kuo Sung Ling, einer seiner Hauptführer, der sich gegen ihn erhoben hat, brachte der Armee des Sohnes Tchang-Tso-Lins, Tchang Hsu Liang, eine Niederlage bei. Neuter berichtet aus Peking, daß Fung-Yu-Hsiang Hunderte mit Munition beladene Kamele, sowie Truppenabteilungen nach Kaiping (Tschili) entsandt habe. General Kuo Sung Ling soll dadurch unterstützt werden. Die Londoner „Times“ berichtet aus Peking, daß eine große Anzahl von Truppen Fung-Yu-Hsiangs in Richtung auf Kientin vorgerückt ist. Ein Flügel der Honan-Armee aus Kiatingfu soll zur Unterstützung Fungs vormaligster. Der gesamte Eisenbahngüterverkehr ist eingestellt.

Schweizer Volksabstimmung zugunsten des Sozialversicherungsgesetzes. Die Gesetzesvorlage, die die Einführung einer Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung vorsieht, wurde am Sonntag in der Schweiz in einer allgemeinen Volksabstimmung mit rund 895 000 gegen 211 000 Stimmen und mit der großen Mehrheit der Kantonsstimmen angenommen. Die Beteiligung betrug etwa 60 Proz. Sie ist von der großen Mäße in den Gebirgsgegenden ungünstig beeinflusst worden.

Abschluß der italienisch-ägyptischen Grenzregulierung. Die langumstrittene Frage der Dscharab-Dase ist, wie ausairo gemeldet wird, endgültig geregelt worden. Das Abkommen zwischen Italien und Ägypten, das die tripointische Grenze regelt, wurde von Zivar Fascha und dem Marquis Negrotto Cambiolo unterzeichnet. Die Dase Dscharab wird italienisch. Die Wiener-Scialoja-Linie wird im allgemeinen eingehalten; jedoch tritt Italien die Quelle bei Nady Kamleh, die Solum mit Wasser versorgt, an Ägypten ab.

Lode Maximilians die Dichtung zu ihrem Ende geführt ist, noch ein dreigeschichtetes Bild als Epilog hinzufügt, worin uns Quarez, wenn auch nur leichstophisch, körperlich näher gebracht wird; als Person ganz unheimbar, nur Abstraktum des Volkes, nur dessen unerbittlicher Geist, nur Vernunft, nur Gesetz. Formal allerdings ist dieser Epilog auch wieder echt österreichischer Dichtungsstil, der mit Vorliebe die höchste Steigerung, wie sie der Tod Maximilians im 12. Bild ergibt, ausklingen läßt.

Auch ideell ist die Dichtung mit dem 12. Bild abgeschlossen, indem die Gegenfähigkeit überwunden ist, dadurch daß Maximilian angesichts des Todes zum ersten Male ungehemmt Selbsterkenntnis geübt hat, wie es Forderung und Wesen des Quarez ist: „Alles habe ich bis in den letzten Grund durchdacht. . . Jetzt als vollkommen befreiter Mensch ohne Stand und Vorurteil weiß ich es: Schuld ist: Seinen Luten nicht gewachsen sein! Mißerfolg ist Schuld! Der Wille zur Güte ist Güte noch nicht. Meine Konstitution einer radikalen Monarchie war unwahr. Also muß der Fehler, die Lüge in meinem Wesen liegen. Schuld! . . . Die souveräne Epoche ist vorüber. Im Schiffsbruch der privilegierten Klassen keuchen armelige Könige, die keine sind! Die Zeit der Diktatoren beginnt, Quarez!“ Gegenüber dieser in Selbsterkenntnis wurzelnden Erfüllung der Tragik in ihrer unmisslichen Unerbittlichkeit gibt es keine Steigerung mehr, der Epilog kann nur sanft ab- und ausklingen, und dies geschieht in der metaphysisch-optimistischen Ausdeutung des Sinnes von Maximilians Tod durch die Überzeugung Baschs, daß jede Schönheit und jedes Opfer fortfliegt und den Licht-Schlag der Welt verwehrt.

Wieder denken wir Grillparzers, wieder Hofmannsthols, wieder österreichischer Dichtung. In ihr begegnen wir auch der gepflegten Sprachkultur, die Werfel seinem Dialog hat angebeihen lassen und die zunächst sein Werk besser zum Leben als zur Aufführung geeignet erscheinen läßt. Die von Felix Baumbach geleitete Aufführung unseres Landes-theaters mußte aber solche Gedanken zu zerstreuen. Alfred Kruchen hatte seinen großen Tag. Bei aller Anerkennung seines tech-

Aber hunderttausend Erwerbslose im Rheinland. Eine Meldung der „Rhein. Westf. Zig.“ aus Düsseldorf zufolge berichtet das Landesarbeitsamt über die Arbeitsmarkt- und Wirtschaftslage in der Rheinprovinz u. a.: Die unterkühlten Voll-Erwerbslosen in der Rheinprovinz haben die Zahl von Hunderttausend überschritten. Von den Erwerbslosen im ganzen Reich stellt die Rheinprovinz etwas mehr als ein Fünftel. Dagegen entfällt von im Reich wegen Krankheit nicht versicherte Personen auf die Rheinprovinz ein Zehntel. Essen hat mit 16 000 Hauptunterstützungsempfängern und 11 600 unterstützten Erwerbslosen aus Krankentafelmitgliedern die höchste absolute und relative Zahl im Regierungsbezirk Düsseldorf.

Weitere Verschlechterung des kaufm. Stellenmarktes. Wie der Reichsstellenvermittlung des G.-V. der Angestellten und fast allen Teilen des Reiches berichtet wird, sind im November auf neue Kündigungen im größeren Umfang ausgeprochen worden. Auch Renten haben wieder Kündigungen vorgekommen. Ferner ist in der Industrie, in der Schifffahrt, bei den Werften, auch im Großhandel und in den Kaufmannsgesellschaften vielen Angestellten gekündigt worden, zum Teil in sehr großer Anzahl.

Badischer Teil

Die Meldung über Hellsachs Berufung

Unter der Überschrift „Eine Berufung Hellsachs an die Universität Heidelberg“ enthielten gestern einige badische und auch auswärtige Blätter die Mitteilung, daß der Staatspräsident a. D. Professor Dr. Hellsach eine Berufung von der philosophischen Fakultät der Universität Heidelberg als ordentlicher Professor erhalten hat.

Hierzu wird uns mitgeteilt: Der für das Ministerium des Kultus und Unterrichts zuständige Minister Kemmele hat einen solchen Auftrag nicht gegeben. Ihm ist von dieser Berufung nichts bekannt.

Zuschußunterstützung des Badischen Staats an bedürftige Kriegs-, Sozial- und Kleinrentner

Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt: Der Badische Landtag hat am 3. Dezember 1925 zum Zweck einer einmaligen Zuschußunterstützung an besonders bedürftige Klein-, Sozial- und Kriegsrentner den Betrag von 500 000 M.R. bewilligt. Die Unterstützung soll nach sozialen Gesichtspunkten (Fürsorgebedürftigkeit) festgesetzt werden und durch die Bezirksfürsorgestellen alsbald zur Auszahlung gelangen.

Diese Staatsmittel werden auf die Bezirksfürsorgeverbände anteilmäßig überwiesen. Die Bestimmung, welche Rentner mit Unterstützungen bedacht werden sollen und in welcher Höhe, treffen die Bezirke und Sonderauschüsse der Bezirksfürsorgeverbände. Aber etwaige Beschwerden entscheidet der Bezirksausföhrer bezug. der Stadtrat endgültig.

Begen dieser Zuschußunterstützung dürfen die laufenden oder einmaligen Beihilfen des Fürsorgeverbands nicht gekürzt werden. Die besonderen Staatsbeihilfen werden deshalb über die üblichen oder im Einzelfall festgesetzten Unterstützungsätze hinaus als besondere Leistung des Staates gewährt.

Es ist Sorge getragen, daß die Auszahlung noch vor Weihnachten stattfindet.

Der West-Ostverkehr

Auf der kürzlich in Erlberg abgehaltenen Verkehrs-konferenz äußerte sich ein Vertreter des Kur- und Verkehrsvereins Rastatt i. Schw. über die Ausgestaltung des West-Ostverkehrs, bezw. Nordostverkehrs über die Hüllentalbahn. Angestrebt müße werden eine Verbindung der ganzen Südweste Deutschlands und des südlichen Schwarzwaldes auf dem nächsten Wege nach München, bezw. über Stuttgart nach dem Zentrum Bayerns, Nürnberg, um von dort Anschlüsse zu erhalten nach dem Norden und Nordosten Deutschlands. Diese Bemühungen müßten zusammenwirken mit den von Freiburg ausgehenden, einen direkten Reiseweg über die Hüllentalbahn weiter über Donaueschingen-Billingen-Schwenningen-Kottweil-Stuttgart zu erschließen. Letzten Endes müße geschaffen werden im Verfolg dieses Verkehrsbaues eine direkte Verbindung Offsee-Berlin-Nürnberg-Stuttgart-Freiburg-Mühlhausen-Südfrankreich-Marseille. Vorbedingung sei allerdings die Erzeugung des Ravensbräuabusses durch einen steinernen Viadukt und der Zahnradlokomotiven durch sog. Adhäsionsmaschine, wie dies ja auch bereits beabsichtigt sei.

nischen Könnens blieb mir bisher innerlich stets eine leise Elepht gegenüber seiner Künstlerkraft. Seine Körperlichkeit Maximilians überzeuge mich. Vielleicht hätte österreichisches Aristokratentum etwas deutlicher in der äußeren Erscheinung zutage treten können, doch seine Haltung, seine Gebärden, sein Spredstiff ließen keinerlei Wünsche aufkommen. Maximilian ist Kruchens Kolle. Der innere Geistes, die milde Lässigkeit, die träumerische Weisheit, der begüterungsstättige Optimismus, die Keinheit bei allem Jertum, „der schöne Mensch“: nichts fehlte dieser hervorragenden Künstlerleistung. Kruchens Maximilian war der Erfolg des Abends.

Eine überaus reiche Personenzahl wird vom Theatergettel genannt, so daß die Anführung aller einzelnen hier unterbleiben muß. Doch seien wenige als Zeugen des Gesamterfolgs der Aufführung hervorgehoben. Martha Moellert Charlotte wußte ohne jede Übertreibung die dem Wahnsinn zuweilen Kaiserin Charlotte glaubhaft zu gestalten. Waldemar Reibitz zeigte in seinem Kopez eine sorgfältig entwürfelte einheitliche Persönlichkeit, deren Schicksal sich zwangsläufig vollenden mußte. Ulrich v. d. Trend wußte als Leibwacht Dr. Samuel Basch Geist und warme Menschlichkeit zu vereinen. Felix Baumbach schuf als Marschall Bagaine ein Kabinetsstück überzeugenden Lebens. Stefan Dahlen als Porfirio Diaz stoff über von Kraft und Lebensfreude Abenteuerlust, ohne darüber der bedeutungsvollen Größe seiner Rolle etwas schuldig zu bleiben. Dazu noch Felix Ders als Hunger überlegener Erzbischof, Germa Clement als temperamentvolle Prinzessin Salm-Salm, das Soldatentrio Alex Weber (Korporal Weinberger), Paul Müller, der nur als Japatin seine weichen Arme hätte bräunen müssen, und Max Schneider (Kolonelmio): eine Fülle von hervorragenden Einzelleistungen, unter denen eigentlich nur Kurt Lied als Kapitän Pierron abfiel. Zum Geigen trugen die Bühnenbilder Emil Burdards bei, von denen mir nur das zweite zu schmalzig-sentimental war, woran allerdings auch der Palomafamaren sein Teil beitrug. Im ganzen jedenfalls eine von Felix Baumbach sehr sorgfältig und mit großem Erfolg einstudierte Aufführung.

Prof. Dr. Karl Doll.

